

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Peter Boehringer, Marcus Bühl, Dr. Michael Ependiller, Ulrike Schielke-Ziesing, Wolfgang Wiehle, René Bochmann, Kay Gottschalk, Martin Hess, Jörn König, Mike Moncsek, Edgar Naujok, Jan Wenzel Schmidt und der Fraktion der AfD

**zu der dritten Beratung des Gesetzentwurfs der Bundesregierung
– Drucksachen 20/7800, 20/7802, 20/8661, 20/8662, 20/8663 –**

**Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des
Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2024
(Haushaltsgesetz 2024 – HG 2024)**

Der Bundestag wolle beschließen:

- I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:
 1. Die Ampel bleibt auf Verschuldungskurs. Einsparungen in nennenswerter Größenordnung gibt es nicht. Ihre Haushaltslöcher stopft sie durch mehr oder weniger gut versteckte Kreditaufnahme, die sie offiziell mit 39 Milliarden Euro ausweist, was jedoch nicht den Tatsachen entspricht. Unter Berücksichtigung der Schuldenaufnahme in den Sondervermögen und der Schuldenaufnahme durch Entnahmen aus der sogenannten Rücklage beträgt die Neuverschuldung 77 Milliarden Euro, wenn man das Sondervermögen Bundeswehr hinzurechnet, beträgt sie 97 Milliarden und wenn man außerdem Zuweisungen aus EU-Schulden hinzunimmt, für die Deutschland vollumfänglich aufkommen muss*, sogar 111 Milliarden Euro.
 2. 111 Milliarden Euro ist demnach die Summe, die allein aufgrund des Haushalts 2024 von künftigen Generationen zuzüglich Zinsen zurückgeführt werden muss. Eine nachhaltige Finanzpolitik ist das nicht. Besser und dauerhafter könnte man die vorliegenden Haushaltsprobleme durch Einsparungen lösen. Die AfD hat mit ihren Änderungsanträgen während der Haushaltsberatungen Einsparvorschläge im Umfang von über 100 Milliarden Euro gemacht, so dass selbst bei vollständiger Einhaltung der Schuldenbremse Steuerentlastungen im Wert von 51,5 Milliarden Euro möglich wären.
 3. Diese vorgeschlagenen Haushaltsmaßnahmen beschreiben die Kehrtwende, die Deutschland in nahezu allen Politikbereichen benötigt. Anstatt die deutsche Wirtschaft durch immer neue CO2-Regulierungen und die Ausweitung von Sozialleistungen bei gleichzeitig offenen Grenzen von innen heraus zu zerstören, könnte

* Es handelt sich hierbei um Einnahmen aus der Aufbau- und Resilienzfazilität aus dem Programm „Next Generation EU“.

auf diese Weise eine Rückbesinnung auf Deutschlands wirtschaftliche Stärke und eine Wiederbelebung des Wirtschaftsstandorts Deutschland eingeleitet werden.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

- umfassende Einsparungen im Haushalt vorzunehmen, insbesondere in den Bereichen
 - CO₂- und Klimapolitik,
 - Migrationspolitik und den damit verbundenen Sozialleistungen,
 - Waffenlieferungen und Ertüchtigung von Partnerstaaten,
 - Entwicklungshilfe sowie
 - Verwaltung und Personal;
- diese Einsparungen zu nutzen, um unter Einhaltung der Schuldenbremse durchgreifende Steuerentlastungen vorzunehmen, insbesondere durch
 - die Abschaffung aller CO₂-Abgaben,
 - die Rücknahme der Mauterhöhung,
 - die Absenkung der Strom- und Energiesteuer auf das EU-rechtliche Minimum für alle und nicht nur für Unternehmen,
 - die Beibehaltung des ermäßigten Mehrwertsteuersatzes in der Gastronomie und
 - die Aussetzung der Luftverkehrsteuer.

Berlin, den 29. Januar 2024

Dr. Alice Weidel, Tino Chrupalla und Fraktion